

Pressemitteilung

45. Andechser Europatag am 12./13. Oktober 2016

Willkommenskultur – oder Zäune an allen Grenzen?

Andechs. Beim 45. Andechser Europatag der Paneuropa-Union Deutschland warnte deren Präsident Bernd Posselt vor „gewissenlosen Renationalisierern und Demagogen, die den Menschen mit der Idee eines umzäunten Nationalstaates Scheinsicherheit vorgaukeln und gleichzeitig dadurch echte Lösungen für den ganzen Kontinent verhindern.“ Die drei großen Bedrohungen Europas durch die russische Aggression im Osten, die Instabilität der arabischen Welt und die Flüchtlingskrise seien nur mit dem Mut, der Tatkraft und dem Optimismus zu bewältigen, die in Angela Merkels zu Unrecht kritisiertem Satz „Wir schaffen das“ zum Ausdruck kämen.

Die EU sei gar nicht so zersplittert, wie immer wieder behauptet werde, sondern lediglich durch die nationalen Regierungen blockiert. Sowohl die Völker als auch die europäischen Institutionen wollten übereinstimmend eine Stabilisierung Afrikas und des Mittelmeerraumes, Friedensbemühungen in Syrien und im Nahen Osten, bessere Lebensbedingungen für Flüchtlinge in den an Syrien angrenzenden Nachbarstaaten sowie funktionsfähige Kontrollen und Registrierstellen an den EU-Außengrenzen. Jede dieser Aufgaben erfordere mehr und nicht weniger europäische Integration. Da die Nationalstaaten mit ihrem Versagen Europa in die jetzige Krise gestürzt hätten, wäre deren Stärkung kontraproduktiv. Posselt nannte es „lächerlich“, die EU-Grenzschutzbehörde Frontex von 500 auf 1500 Mitarbeiter aufzustocken, während Brasilien allein für die Sicherung der Olympischen Spiele 85 000 Mann mobilisiere. In dieser Dimension müsse sich auch ein Europäischer Bundesgrenzschutz bewegen.

Am Beispiel des Heiligen Römischen Reiches, der Habsburger-Monarchie, des polnisch-litauisch-weißrussischen Königtums, aber auch angeblicher klassischer Nationalstaaten wie des Vereinigten Königreichs, Italiens und sogar Frankreichs schilderte Posselt, daß die Geschichte Europas überwiegend von multi- und übernationalen Staaten geprägt worden sei. Die Behauptung, die europäische Einigung sei künstlich, der Nationalstaat hingegen traditionell und natürlich, widerlegte er als „Mythos des 19. Jahrhunderts“.

Stephan Baier, Orient- und Europaexperte der „Tagespost“, skizzierte die Entwicklung des Mittelmeerraumes vom Altertum bis zur Gegenwart. Das „mare mediterrano“ habe die Völker meist mehr verbunden als getrennt, während Wüsten wie die Sahara eher einen unüberwindlichen Charakter besessen hätten. Der byzantinische Kaiser habe sich als legitimer Erbe des römischen verstanden, und selbst der osmanische Sultan habe sofort nach der Eroberung von Byzanz einen christlichen Patriarchen ernannt und so eine geistliche Führungsrolle beansprucht. Daraus sei eine christlich-islamische Koexistenz erwachsen, die das Osmanische Reich bis zu dessen Ende nach dem Ersten Weltkrieg geprägt habe. Noch vor hundert Jahren sei Istanbul eine mehrheitlich christliche Stadt gewesen. Heute drohe das orientalisch-christentum zu verschwinden. Die Bischöfe der orientalischen Kirchen wollten aber auch in Gefahrenzonen wie dem Irak und Syrien nicht in Schutzgebiete und Reservate abgedrängt werden, wie dies die Amerikaner vorgeschlagen hätten, sondern Kirche im Islam, also Salz der Erde sein. Baier warnte vor der Illusion, daß es Rußlands Präsident Putin im Syrien-Konflikt darum gehe, die dortigen Christen zu schützen. Sein Ziel sei eine

Zersplitterung Syriens mit einem von den Alawiten und der Familie Assad geleiteten Satellitenstaat als Stützpunkt Moskaus am Mittelmeer. Dies würde aber auch ein selbständiges Kurdistan und einen von Saudi-Arabien geschaffenen sunnitisch-wahabitischen Herrschaftsraum im heutigen Syrien nach sich ziehen. Die Folge wäre ein gefährliches Machtvakuum, in dem sich die Kräfte wie der IS weiter ausbreiten könnten, Konflikte mit allen Nachbarn und noch mehr Vertriebene beziehungsweise Flüchtlinge. Baier wandte sich dagegen, die Kämpfe in Syrien einen „Bürgerkrieg“ zu nennen, und mahnte eine aktive europäische Rolle bei den Bemühungen um eine stabile Friedensordnung in der Region an. Die EU müsse, wie dies Otto von Habsburg gefordert habe, zur „Supermacht des Friedens“ werden.

Nach dem Fall des Eisernen Vorhangs 1989 ist nach Ansicht von Prof. Reinhard Meier-Walser, Akademiedirektor bei der Hanns-Seidel-Stiftung, keine neue Weltordnung entstanden wie vom damaligen US-Präsidenten George Bush angekündigt, sondern eine Welt-Unordnung. Bush sei damals ein globales System vorgeschwebt mit den USA als Welt-Exekutive und der UNO als Welt-Legislative. Dieses Konzept sei schon wenige Jahre später bei der Somalia-Mission „großartig gescheitert“. Die Vereinten Nationen seien seit ihrer Gründung bei allen wesentlichen Konflikten gelähmt gewesen, weil mindestens eine der Veto-Mächte im Sicherheitsrat für sich das Recht zu blockieren in Anspruch genommen habe. Meier-Walser nannte es maßgeblich für die Sicherheit Deutschlands, daß die NATO seit 1989, anders als der Warschauer Pakt, von ihren Mitgliedstaaten nicht aufgelöst worden sei und ein neues strategisches Konzept entwickelt habe. Militärische Interventionen als letztes Mittel habe sie in Bosnien-Herzegowina und im Kosovo angewandt, um Krieg und Vertreibung zu stoppen, während der aktive Aufbau einer Friedensordnung eher Sache der EU sei. Mit Blick auf die sich verändernden Formen kriegerischer Auseinandersetzungen seit Ende des Kalten Krieges und den seit dem 11. September anwachsenden Terrorismus legte Meier-Walser dar, daß der traditionelle Dreiklang der Friedenssicherung, Prävention – Abschreckung – Verteidigung, nicht mehr funktioniere. Erforderlich sei gemeinschaftliches gesamteuropäisches Denken und Handeln, ohne das eine langfristige Lösung aussichtslos sei.

Der Historiker Meinolf Arens vom Internationalen Institut für Nationalitätenrecht und Regionalismus ging auf die religiöse Dimension von Flucht, Vertreibung und Integration ein. Die konfessionelle Landschaft in West- und Mitteldeutschland habe sich trotz der Durchmischung mit 14 Millionen Heimatvertriebenen unterschiedlichster christlicher Glaubensrichtungen bis heute nicht grundlegend verändert. Seit den siebziger Jahren habe jedoch eine starke Säkularisierung eingesetzt. Diese habe die religiöse Substanz der Mittelschichten geschwächt und lange Zeit feststehende regionale Unterschiede folklorisiert. Dies sei die Gesellschaft, in die in den letzten Jahren und Monaten zahlreiche Muslime eingewandert seien. Die Muslime ihrerseits seien durch eine starke Vielfalt je nach nationaler Herkunft unterschieden. Die Glaubenspraxis auf Borneo habe so gut wie nichts mit der in Bosnien-Herzegowina oder im Kosovo zu tun, die in Tadschikistan so gut nichts mit der in Saudi-Arabien. Erst die moderne Staatswerdung und die Entwicklungen des 20. Jahrhunderts hätten eine übernationale Konfessionalisierung des Islam ausgelöst, der sich bei den zugewanderten Muslimen ständig verstärke. Arens kritisierte in diesem Zusammenhang das Verhältnis des öffentlichen Lebens in Deutschland zum Islam. Die Politiker seien zu stark auf die großen Verbände der Muslime orientiert, die Islamwissenschaftler vernachlässigten die historisch-kritische Methode. In Schulbüchern werde ein romantisches Bild der islamischen Geschichte ohne Selbstkritik und ohne Anleitung zur Eigenverantwortung gezeichnet. Das Thema Antisemitismus fehle in den Schulbüchern für Muslime völlig, während die christliche Geschichte Europas höchst kritisch beleuchtet werde. Altes muslimisches Erbe in Europa wie das der Bosnier oder der Tataren in Polen weiche unter dem Einfluß von Saudi-Arabien, Qatar und der Türkei einem problematischen Einheitsislam.

Der Prager Publizist, Biologe und Pädagoge Jaroslav Šonka verglich die Haltung der europäischen Gesellschaften gegenüber den Flüchtlingen aus Afrika und Arabien mit dem von Konrad Lorenz erforschten Revierverhalten von Dohlen. Vom Fremden verunsichert, flüchteten die verschiedenen Spielarten von Europäern in ihre jeweilige Geschichte beziehungsweise die daraus gebildeten nationalen Klischees. Spannungen entstünden unter anderem dadurch, daß die einzelnen Länder ihre Vergangenheit in unterschiedlichem Maße aufgearbeitet hätten. Westdeutschland habe nach dem Zweiten Weltkrieg das Glück gehabt, in den Amerikanern eine Besatzungsmacht zu finden, die in der Abwehr Josef Stalins ein Interesse an der Bewältigung des nationalsozialistischen Erbes und am Aufbau demokratischer Denkweisen gehabt habe. So sei die Bundeszentrale für politische Bildung entstanden, die in Europa bis heute in dieser Form einzigartig sei. In den ehemals kommunistischen Ländern sei dieser Prozeß der Öffnung und Aufarbeitung erst in Gang gekommen. Solche unterschiedlichen Denkweisen hätten auch Auswirkungen auf die praktische Politik. So sei Bundeskanzlerin Merkel, die in Prag studiert habe, dort lange Zeit sehr beliebt gewesen, während die bayerischen Ministerpräsidenten wegen ihrer Schirmherrschaft über die Sudetendeutschen eher kritisch betrachtet worden seien. In der Flüchtlingskrise hätten die Tschechen mehrheitlich plötzlich Distanz zur Berliner Regierungschefin entwickelt, während man Horst Seehofer als jemanden empfinde, der die Lage ähnlich sehe wie man selbst. Der sehr nationale tschechische Ex-Präsident Václav Klaus, ein eingefleischter Gegner der Sudetendeutschen wie der europäischen Einigung, sei noch weiter gegangen und habe bei der Abschlußkundgebung der AfD vor den jüngsten Landtagswahlen gesprochen. Šonka wandte sich gegen Verteidiger des christlichen Abendlandes, die keines der Zehn Gebote nennen könnten und in den hilfsbedürftigen Flüchtlingen nicht den Nächsten im Sinne der christlichen Nächstenliebe sehen wollten: „Der Nächste ist aber der Nächste.“

Beim Bühnengespräch im Klostergasthof berichtete die Vizepräsidentin und Geschäftsführerin der Stiftung „Wertebündnis Bayern“, Andrea Taubenböck, über diese von Ministerpräsident Horst Seehofer initiierte, europaweit einzigartige Einrichtung. 140 Bündnispartner aus allen gesellschaftlichen Bereichen hätten sich zusammengeschlossen, um mit Hilfe dieser öffentlich-rechtlichen Stiftung gemeinsame Projekte zu verwirklichen, „die Werte bilden“. Das Angebot richte sich vor allem an Kinder und Jugendliche, denen Grundsätze wie Menschenwürde, Respekt vor anderen und Toleranz vermittelt würden, aber auch das Funktionieren einer Demokratie oder die Art und Weise, wie europäische Gesetzgebung durchgeführt werde. Die Zusammenarbeit von Christen, Muslimen und Juden sei dem Bündnis ebenso ein Anliegen wie die Beschäftigung junger Menschen mit dem Grundgesetz und mit der bayerischen Verfassung. Andrea Taubenböck lud die Paneuropa-Union und alle gemeinnützigen Organisationen, die sich für Völkerverständigung und europäische Einigung engagieren, zur Mitarbeit im Wertebündnis ein.

Zum christlichen Europatag im oberbayerischen Kloster Andechs waren 160 Gäste aus 14 Nationen auf Bayerns Heiligen Berg gekommen. Bischof Mihály Mayer aus dem südongarischen Pecs/Fünfkirchen zelebrierte die Messe zu Ehren des Heiligen Benedikt, des Patrons Europas, in der Wallfahrtskirche. In seiner Predigt stellte er die persönliche Bezogenheit auf Jesus Christus heraus. Auf der Paneuropa-Fahne stünden Sonne und Kreuz zwischen den zwölf Sternen: „Das ist das Licht des auferstandenen Herrn, der uns durch das Kreuz erlöst hat. Er ist unser Eckstein, unser Fundament. Deshalb suchen wir keinen ideologischen Fundamentalismus.“

Das Podium zum Thema „Grenzen dicht? Freiheit, Sicherheit und Integration im Zeitalter der Flüchtlingskrise“ wurde von Moderator Franziskus Posselt, dem Bundesvorsitzenden der Paneuropa-Jugend, mit Überlegungen zur Bedeutung von Grenzen eingeleitet, auch mit Blick „auf die mehr als 10 000 Menschen, die sich in Idomenei aufhalten und warten, ob sie weiter nach Europa kommen können oder nicht.“ Grenzen bestimmten menschliche Leben, einerseits stünden sie für Trennung,

Spaltung, Teilung, verursachten oft Streit, der schlimmstenfalls im Krieg ende; andererseits könnten sie auch einen Raum für Freiheit, Sicherheit und Stabilität schaffen.

Sadija Klepo, ehemalige bosnische Parlamentsabgeordnete und Gründerin des Vereins „Hilfe von Mensch zu Mensch“, erinnerte sich an den Sommer 1992, als sie mit zwei kleinen Kindern auf der Flucht vor Heckenschützen und Granaten Sarajewo verlassen mußte. Als Politikerin sehe sie aber auch den Zwiespalt zwischen der Solidarität und der Sorge um Friede und Demokratie in Deutschland. Trotzdem dürften „diese 10 000 Leute, die die Hölle erlebt haben, schlimmer als ich, und von Aleppo mit kleinen Babies gekommen sind, nicht an der türkischen Grenze in Nässe und Schlamm steckenbleiben.“ Sie betonte die Wichtigkeit von Information und Vorbereitung in den Herkunftsgebieten. Sie selbst habe im Nordirak eine Medienkampagne gegen Schlepper geführt, weil dorthin so viele unbegleitete Jugendliche gekommen seien: „Ich habe den Eltern gesagt, sie dürfen die Kinder nicht unvorbereitet schicken.“ Deshalb sei eines ihrer großen Anliegen die „Vorintegration“ in den Herkunftsgebieten und an der türkischen Grenze.

Der Bundestagsabgeordnete Stephan Mayer, innenpolitischer Sprecher der CDU/CSU-Fraktion, schilderte seine Begegnung mit Grenzen als Kind bei der Urlaubsfahrt nach Italien als etwas bedrohlich: „Ich hatte doch immer die Vorstellung, daß man abgewiesen werden könnte. Das Darauf-Zufahren, ob jeder seinen Paß dabei hat, ob man etwas Verbotenes dabei hat ...“ Daß in 26 Ländern, sogar über die EU hinaus, Binnengrenzkontrollen nicht mehr stattfänden, sei eine große Errungenschaft und ein zentraler Pfeiler der europäischen Einigung. „Die Binnengrenzkontrollen zeigen, daß etwas in Unordnung geraten sein muß.“ Die EU sei „in der schwersten Krise seit ihrem Bestehen.“ Nicht nur in Deutschland verstärkten sich die Zentrifugalkräfte, und eine Verrohung des zwischenmenschlichen Umgangs sei bemerkbar, „auch wenn der gesellschaftliche Kitt noch wirkt. Eine Erscheinung wie Donald Trump wird es in Deutschland hoffentlich auch weiterhin nicht geben.“ Der Schutz an den EU-Außengrenzen müsse aber gewährleistet werden.

Der Vizepräsident des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF), Michael Griesbeck, betonte die Notwendigkeit, die Grenzen der Schutzgewährung zu erkennen: Asyl bekomme nur, wer schutzbedürftig sei, wer aus Perspektivlosigkeit seine Heimat verlasse, müsse etwa den Weg der Erwerbszuwanderung wählen. Integration müsse nicht nur sprachlich und arbeitsmäßig erfolgen, sondern auch durch Aufzeigen der Grundlagen und Grenzen, etwa „wie der Rechtsstaat funktioniert“. Da das Parlament dem BAMF nunmehr 4000 weitere Mitarbeiter zugestanden habe, könne möglichst schon im Frühjahr, nach guter Qualifizierung, mit dem Abbau der Altverfahren begonnen werden. Im Januar und Februar 2016 seien bereits mehr als 100 000 Entscheidungen gefällt worden, mehr als in den ersten fünf Monaten des letzten Jahres.

Dirk Hermann Voß definierte als deren internationaler Vizepräsident die Paneuropa-Union als „Organisation zum Niederreißen ganz bestimmter Grenzen“, nämlich der europäischen Binnengrenzen – eine besonders unangenehme sei der Eiserne Vorhang gewesen. Nicht jede Grenze sei aber jederzeit niederzureißen. Neben der Gewährleistung der Sicherheit nach innen, etwa des Schutzes vor Verbrechern, sei die Sicherheit nach außen eine vorrangige Aufgabe des Staates. Dazu sei aber die Größenordnung Nationalstaat heute nicht mehr in der Lage: „Wer mehr Nationalstaat will, kriegt weniger Lösung.“ Die gegenwärtigen Kontrollen an einigen bayerisch-österreichischen Grenzübergängen seien reine Symbolpolitik; „der Schutz der EU-Außengrenze ist das A und O“. Grundsätzlich gebe es kein Recht auf Einreise in einen Staat, möglicherweise aber eine humanitäre Verpflichtung, ein akutes Problem zu lösen. Auch das sei aber im kleinstaatlichen Rahmen nicht möglich. Voß bestritt die Behauptung, daß die EU nicht solidarisch sei – man habe nur nicht rechtzeitig miteinander geredet. Jeder europäische Kompromiß verspreche aber mehr als der

Alleingang. Voß betonte die Wichtigkeit der NATO-Marineaktion und forderte einen „Kraftakt“ der EU, den Libanon und Jordanien massiv zu stützen.

Bischof Mihály Mayer sah das Problem des Nationalstaats in seiner Entwicklung aus der Aufklärung und der Französischen Revolution: „Man hat Gott geleugnet. Dadurch ist eine Kluft entstanden, und in die Kluft kam die Nation beziehungsweise der Nationalismus.“ Nach dem Ersten Weltkrieg habe man auch auf dem Gebiet von Österreich-Ungarn Nationalstaaten gegründet, Deutsche und Ungarn seien aus vielen dieser Staaten vertrieben worden. Jetzt hätten diese Staaten aber keine gemeinsame Sprache, sodaß sie zwar nicht Deutsch, aber Englisch sprechen müßten. Mayer schilderte auch sein Gespräch mit einem türkischen Taxifahrer, der sagte, er wolle sich nicht integrieren, „weil die Deutschen das Leben nicht lieben.“ Auf die Frage des Bischofs, was er damit meine, habe er geantwortet: „Sie wollen keine Kinder.“ In diesem Zusammenhang rief der Bischof dazu auf, zu überlegen, welche Bedeutung Gott für Europa habe und mit welchen Werten man es erfüllen wolle. Den Menschenrechten müßten auch entsprechende Pflichten gegenüberstehen.

Der Direktor der bayerischen Landes-Caritas, Prälat Bernhard Piendl, sprach über seinen Dienst an der Integration, erst als Pfarrer und dann bei der Caritas, dem „sozialen Arm der katholischen Kirche“, wo er in den neunziger Jahren die Arbeit mit Flüchtlingen aus dem ehemaligen Jugoslawien begann. „Damals waren auch die Räume voll mit Menschen, die Hilfe brauchten“. Sein eigenes Empfinden für Grenzen sei geprägt durch seine Kindheit im Bayerischen Wald, 40 Kilometer vorm Eisernen Vorhang, „sodaß wir uns nur nach Westen bewegen konnten“. Ein Onkel habe hinter einer weiteren unüberwindbaren Grenze in Sachsen gelebt, der man „ohnmächtig und hilflos“ ausgesetzt war, wenn er aus- oder die Familie zu ihm reisen wollte. Die Taufe der Kinder seiner Cousine habe er heimlich um Mitternacht halten müssen. Deshalb sei für ihn der Fall des Eisernen Vorhangs ein einschneidendes Datum in seiner Biographie geblieben, noch heute feiere er den 3. Oktober mit Freunden als persönliches Fest.

Paneuropa-Pressestelle, Dachauer Str. 17, D - 80335 München